

Kapitel I

DEMOKRATIE, ZIVILGESELLSCHAFT UND NONPROFIT-SEKTOR

1. Thesen und erkenntnisleitende Fragestellungen

Die Stiftungen in der zivilgesellschaftlichen Entwicklung und demokratischen Konsolidierung Tschechiens: Von der Samtenen Revolution zum EU-Beitritt

Der Titel der vorliegenden Untersuchung impliziert einen systematischen Zusammenhang zwischen der Organisationsform „Stiftung“ und der zivilgesellschaftlichen Entwicklung Tschechiens einerseits sowie zivilgesellschaftlicher Entwicklung und demokratischer Konsolidierung andererseits.

Die Suche nach geeigneten Analyserastern demokratischer Konsolidierungsfaktoren und nach umfassenden Modellen, die die Interdependenz zwischen zivilgesellschaftlicher Entwicklung und demokratischer Konsolidierung in mittelosteuropäischen Transformationsländern abbilden, geht regelmäßig ins Leere. Einzelne Modelle zur Theorie des Nonprofit-Sektors³⁶ beschränken sich auf ein oder zwei Erklärungsvariablen, diese meist aus ökonomischem Blickwinkel. Demokratietheoretische Untersuchungen beschäftigen sich mit gesellschaftlichen Konsolidierungsfaktoren in Transformationsgesellschaften oder jüngst mit Konzeptionen zur Demokratiemessung³⁷ und externer Demokratieförderung³⁸.

Ein zusammenwachsendes Europa fordert von zivilgesellschaftlichen Institutionen eine Neupositionierung gegenüber Markt und Staat in gesamtgesellschaftlichen Zusammenhängen. Für ein Transformationsland wie Tschechien bedarf es am Ende des bisher absolvierten Transformationsweges im Hinblick auf den im Mai 2004 erfolgten EU-Beitritt einer konsolidierten Stellung zivilgesellschaftlicher Institutionen. Es ist zu analysieren, welche systemische Rolle die Stiftungen auf diesem Weg übernommen haben oder ob ohne Stiftungen eine demokratische zivilgesellschaftliche Entwicklung in den vergangenen zehn Jahren in Tschechien überhaupt möglich gewesen wäre.

³⁶ Die im Rahmen des Johns Hopkins Comparative Nonprofit-Sektor Project vorgenommenen Untersuchungen greifen in ihrem Analyseraster weiter, liefern jedoch keine überprüfbaren Zusammenhang zwischen demokratischer Konsolidierung, zivilgesellschaftlicher Entwicklung und Größe des Nonprofit-Sektors.

³⁷ Vgl.: Lauth, H.J.: Demokratie und Demokratiemessung. Eine konzeptionelle Grundlegung für den interkulturellen Vergleich. Wiesbaden, 2004.

³⁸ Vgl. Freise, M.: Externe Demokratieförderung in postsozialistischen Transformationsstaaten. Münster, 2004.

Ein integratives Organisationsmodell als Analyseraster

Ungeachtet der beschränkten Aussagekraft derartiger Analyseraster des Nonprofit-Sektors³⁹, in dem sich die für Tschechien zu untersuchende Organisationsform Stiftung findet, ist der Vorteil eines solchen Modells evident: Es ergänzt systemtheoretische Erklärungsmuster durch handlungstheoretische Ansätze. Eine Analyse einzig auf der Ebene des Systems, ohne Blick auf die Akteure, ließe wichtige Erklärungsvariablen außen vor und würde eine empirisch fundierte Aussage mehr als fragwürdig erscheinen lassen. Dies macht zur Darstellung ein integratives Organisationsmodell notwendig. Dies entspricht auch der handlungsbetonten Definition von Zivilgesellschaft nach LAUTH⁴⁰.

Die Frage nach der Bedeutung der Stiftungen für die zivilgesellschaftliche Entwicklung in Tschechien während der gesellschaftlichen Transformation stellt sich innerhalb zweier Pole: Der Gefahr, dass die theoretische Abstraktion und Modellierung Höhen annimmt, die die Wirklichkeit außer Blick geraten lassen, steht eine durch akribische Empirie gekennzeichnete Länderstudie gegenüber, die aufgrund historisch einmaliger Ereignisse und des durch einzigartige Erfahrungen der Akteure geprägten Verhaltens keine verallgemeinerungswürdigen Aussagen zulässt.

Die Untersuchung soll sowohl den einen wie auch den anderen Pol meiden, wenngleich die gewählte hermeneutische Herangehensweise an den Untersuchungsgegenstand am Ende nicht nur umfassend beantwortete Fragen hinterlassen wird. Der Mangel ganzheitlicher Analyseraster in der Politikwissenschaft, die die Interdependenzen eines gesellschaftlichen Systems durch die Aufstellung einzelner Determinanten ohne Berücksichtigung akteurspezifischer Konstellationen im System und in Einzelorganisationen abbilden, soll in der vorliegenden Studie umgangen werden, indem organisationsinterne Vorgänge in den Stiftungen in Einzelanalysen zu den gesellschaftlichen Vorgängen in Bezug gesetzt werden. Die Einzelanalysen gestatten zudem Aussagen über Tendenzen zivilgesellschaftlicher Entwicklung und demokratischer Konsolidierung in Tschechien.

These 1:

Die Rolle der Organisationsform Stiftung hat sich im Transformationsland Tschechien im Zeitraum von 1989 bis zum EU-Beitritt gewandelt. Stiftungen fördern zunehmend den strukturellen Aufbau des Nonprofit-Sektors und nehmen zentrale Aufgaben demokratischer Konsolidierung in der tschechischen Gesellschaft wahr. Zudem ersetzen bzw. ergänzen die

³⁹ Vgl. Anheier, H.K., Priller, E., Seibel, W., Zimmer, A. (Hrsg.): Der Dritte Sektor in Deutschland. Organisationen zwischen Staat und Markt im gesellschaftlichen Wandel. Berlin, 1997, S.211-248.

⁴⁰ Lauth, H.J.: Strategische, reflexive und ambivalente Zivilgesellschaften: Ein Vorschlag zur Typologie von Zivilgesellschaften im Systemwechsel. In: ZINECKER, H. (Hrsg.): Unvollendete Demokratisierung in Nichtmarktökonomien. Amsterdam, S.95-120.

inländischen Stiftungen staatliches Handeln insbesondere in den Bereichen Soziale Dienste, Gesundheit und Bildung.

These 2:

Die Anzahl der Stiftungen als Rechtsform korreliert nicht mit der Intensität der zivilgesellschaftlichen Entwicklung und demokratischen Konsolidierung. Gleichwohl werden - ungeachtet des traditionellen Primats des Politischen über die Zivilgesellschaft im osteuropäischen Kontext - durch die tschechischen Stiftungen als Organisationsform im postsozialistischen Entwicklungsprozess kollektive Interessen aggregiert.

These 3:

Tschechische Stiftungen haben einen vergleichsweise hohen Anteil am Gesamtfinanzierungsvolumen des NPS. Sie bestimmen den zivilgesellschaftlichen Aufbau des Landes wesentlich mit. Zivilgesellschaftliche Entwicklung ohne die konzeptionell-strukturelle Rolle der Stiftungen ist in Tschechien zwar durchaus denkbar. Die Intensität der Entwicklung wäre aber vermutlich weitaus schwächer und der zivilgesellschaftliche Handlungsrahmen und die zivilgesellschaftliche Semantik eine andere.

These 4:

Die Stiftungen erobern sich mit fortschreitender gesellschaftlicher Transformation das Bewusstsein der tschechischen Öffentlichkeit. Aufgrund unterschiedlicher Interessengewichtung werden Stiftungen, die sich vordergründig dem strukturellen Aufbau des Nonprofit-Sektors widmen, von der Bevölkerung weniger wahrgenommen als Stiftungen, die an der konkreten Problemlösung aktueller gesellschaftlicher Aufgaben beteiligt sind. Auch die Bereitschaft für persönliches, freiwilliges und finanzielles Engagement der Tschechen ist in diesen Stiftungen weniger ausgeprägt.

These 5:

Tschechische Stiftungen leisteten einen entscheidenden Beitrag für den Erfolg der Vorbereitungen des EU-Beitritts Tschechiens. Den Stiftungen gelang die Einbeziehung der Bürger in Entscheidungsprozesse in Bezug auf den EU-Beitritt besser als den politischen Akteuren, deren Kompetenzen durch die Erfahrungen aus dem sozialistischen Regime und durch aktuelle innenpolitische Interessen überlagert waren.

Im Zusammenhang mit diesen Thesen wird im Fortgang der Untersuchung zu prüfen sein, ob mit den Ereignissen des Jahres 1989 ein neuartiges Bewusstsein von Staatlichkeit, das nichtstaatlichen Akteuren einen größeren Stellenwert einräumt, entstand und in welchem Maße die neue politische Ordnung einer Zivilgesellschaft zur Förderung ihres sozialen Kapitals und zur europäischen Integration bedarf. Die zwei zivilgesellschaftlichen Konzeptionen, die für den Untersuchungszeitraum in Tschechien zu verifizieren sind, werden unter Hinzuziehung empirischer Evidenzen diskutiert.

Das Forschungsinteresse konzentriert sich auf die Frage, ob, wie und mit welchem Erfolg durch die Stiftungen zentrale Aufgaben in der zivilgesellschaftlichen Entwicklung und demokratischen Konsolidierung der tschechischen Gesellschaft wahrgenommen wurden und werden.

Für diese Fragestellung scheint die Suche nach Mechanismen der Bündelung einzelner Positionen der Stiftungen sowie der Artikulation einer Gesamtposition gegenüber den politischen Akteuren zielführend. Im weiteren lässt eine empirisch belegte Aussage über die Wahrnehmung kollektiver Interessen durch die Stiftungen sowie deren Rezeption im Land qualitative Rückschlüsse über die Positionierung der Stiftungen in der tschechischen Gesellschaft zu. Spezifika, die sich für das Referenzland Tschechien stellen, werden herausgearbeitet. Abschließend werden diese mit weiteren zu identifizierenden Indikatoren zivilgesellschaftlicher Entwicklung in Korrelation zur quantitativen Entwicklung der Stiftungen in Tschechien nach 1989 gesetzt.

2. Konkurrierende Ansätze der Diskussion um Zivilgesellschaft, Demokratie und Nonprofit-Sektor

2.1. Zivilgesellschaft und Demokratie

Die Verwendung des Begriffs „Zivilgesellschaft“ und dessen Semantik reicht über die Quellen der letzten Jahrhunderte hinaus. Bereits in ARISTOTELES' Definition der 'koinonia politiké' findet sich eine antike Konzeption der Zivilgesellschaft, die semantisch politische und zivile Aspekte verbindet. In moderneren Konzeptionen des 18. Jahrhunderts, so bei FERGUSON und SMITH⁴¹, wurde der Terminus eng mit „Zivilität“ und Freiheit, Unabhängigkeit und

⁴¹ Adam Ferguson begriff die Zivilgesellschaft als eine moralische Rebellion gegen die Durchsetzung individueller Interessen und die Akkumulation von Eigentum. Adam Smith hingegen verband mit der „unsichtbaren Hand“ gleichermaßen private und öffentliche Interessen.

Die deutschen Gelehrten entwarfen dagegen einen zivilgesellschaftlichen Terminus im Licht der Französischen Revolution. KANTs Konzeption war ein politisches Emanzipationsprojekt gegen den absolutistischen Staat, das Priorität auf die Bildung kultivierter und moralisch integrierter Menschen legte.

Vgl.: Reichardt, S.: Civil Society. A Concept for Comparative Historical Research. In: Zimmer, A., Priller, E. (Hrsg.): Future of Civil Society. Making Central European Nonprofit-Organizations Work. Opladen. 2004, S. 36f.

Selbstbestimmung in Verbindung gebracht. In dieser Zeit begann man, den Begriff in Abgrenzung gegen bestehende Herrschaftsformen zu setzen. „Civil society was understood as a social order of citizenship that tended to be against the existing state.“⁴²

Im frühen 19. Jahrhundert definierte HEGEL⁴³ in einem erstmals bereichsspezifischen Ansatz den Begriff „Zivilgesellschaft“ in Abgrenzung zur Familie und zum Staat. In ihr konnten die Individuen soziale Solidarität erfahren, zu einer Bürgerschaft zusammenwachsen und zunehmend politischen Einfluss geltend machen. In Abgrenzung an diese westeuropäische Konzeption, die insbesondere auf das Bürgertum abstellte, war in Osteuropa eine andere Tendenz zu verzeichnen: Der Adel als sozialer Bezug der Zivilgesellschaft hatte hier größeres Gewicht. Auch den Kirchen kam bei der Ausdifferenzierung der Zivilgesellschaft stärkerer Einfluss zu. Die Vereine in der multiethnischen Habsburger Monarchie waren ein Mittel der nationalen Identitätsfindung.⁴⁴

Ebenfalls in der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts prägte TOCQUEVILLE den Begriff der „sozialen Demokratie“ als geistigen Zustand der Gesellschaft. Er war Ausdruck seiner Rezeption der amerikanischen Gesellschaft – Gleichheit des Status und der Sitten. Das Kredo der TOCQUEVILLEschen Definition bestand in einer sozialen demokratischen Gesellschaft, deren Bürger sich gegenseitig schätzen und auf der Basis einer gleichwertigen Stellung interagieren.

Im Zuge seiner Untersuchungen hat TOCQUEVILLE den Begriff der *sozialen und gesellschaftlichen Demokratie* mit dem Anspruch eingeführt, den Zustand einer Gesellschaft zu beschreiben, die sich als Netz kleiner Gemeinschaften und freiwilliger Organisationen⁴⁵ - als gesellschaftliches Rückgrat des Staates mit einem hohen Grad der Partizipation der Bürger an öffentlichen Aufgaben versteht. Sein Interesse galt der Verknüpfung ziviler und politischer Institutionen. Der Befund, dass assoziative Strukturen eine wichtige Rolle bei der Durchsetzung individueller und kollektiver Interessen spielen, ist seit über einem Jahrhundert Gedankengut der klassischen Soziologie.

Robert PUTNAMS „Making Democracy Work“ hat das von TOCQUEVILLE untersuchte Verhältnis von Assoziationswesen und Demokratie einem neuen wissenschaftlichen Diskurs zugeführt. Sein empirisch belegter Befund lässt sich folgendermaßen festhalten: Die Qualität demokratisch legitimer und effizienter Institutionen ist in entscheidender Weise vom

⁴² a.a.O., S. 38.

⁴³ Die 'bürgerliche Gesellschaft' umfasst bei HEGEL die ökonomischen Beziehungen sowie die administrative, rechtliche und korporative Ordnung. Sie stellt für HEGEL ein System von ökonomisch-rechtlich vermittelten Bedürfnissen dar, das subsidiär an die Stelle der Familie tritt und dessen Zusammenhalt durch Moralität und Sittlichkeit gesichert wird.

Vgl.: Emtmann, A.: Zivilgesellschaft zwischen Revolution und Demokratie.: Die „samtene Revolution“ im Licht von Antonio Gramscis Kategorien der „società civile“. Berlin-Hamburg, 1998, S. 83.

⁴⁴ Reichardt, S.: Civil Society. A Concept for Comparative Historical Research. In: Zimmer, A., Priller, E. (Hrsg.): Future of Civil Society. Making Central European Nonprofit-Organizations Work. Opladen. 2004, S. 36-39.

⁴⁵ Sartori, G.: Demokratietheorie. Darmstadt. 1997, S.18.

Sozialkapital⁴⁶ abhängig, „dass intermediäre Gruppen außerhalb der politischen Regelungssphäre produzieren.“⁴⁷ Die Akkumulation des Sozialkapitals wiederum geschieht in den „civil associations“ und „membership organizations“, die organisationsintern auf das Verhalten und Vertrauen des Bürgers wirken, organisationsextern „zur Effektivität und Stabilität demokratischer Regierungen beitragen“⁴⁸.

Die Qualität der zivilgesellschaftlichen Strukturen entspricht der Qualität der Struktur und Funktionsfähigkeit demokratischer Institutionen. Diese Strukturen wiederum sind Ergebnis historischer Entwicklungsprozesse. Aus diesem Blickwinkel bemisst sich der demokratische „Wert“ der zivilgesellschaftlichen Institutionen eines Landes vor allem an der Interaktion dieser Institutionen sowie an deren Verhältnis zu politisch administrativen Entscheidungsträgern, so KRAUS⁴⁹. Dies gilt jedoch nur unter Voraussetzung eines eng umgrenzten Wertekanons der Akteure und nicht unbedingt in autoritären Systemen. Hier können starke zivilgesellschaftliche Strukturen sogar Regime stürzen, z.B. in Polen oder auch in der Tschechoslowakei 1989. Insofern wird diese Definition der Zeit vor 1989 in Ostmitteleuropa und der dortigen Diskussion über Zivilgesellschaft nicht wirklich gerecht.

Größere Einigkeit in der Annäherung an das Verhältnis zwischen Demokratie und Zivilgesellschaft besteht in der Grundannahme, dass– auch westliche Demokratien – nicht hinreichend beschrieben sind mit allgemeinem Wahlrecht, einer fundierten Verfassung⁵⁰, dem Parlamentarismus und Mehrheitsprinzip.

Zunächst ist für den Gang der Arbeit die Frage zu beantworten, wie sich diese Demokratien von den transformatorischen Demokratien unterscheiden respektive welche signifikanten Elemente bei transformatorischen Demokratien (im Vergleich zu westlichen) hinzutreten, verstärkt oder abgeschwächt werden.

Angesichts des Drangs, die ostmitteleuropäischen Gesellschaften nach 1989 auf demokratische Fundamente zu stellen, versucht Charles TAYLOR, hierauf eine Antwort zu

⁴⁶ Im Unterschied zum Konzept des Sozialkapitals bei OFFE und FUCHS wird Sozialkapital im Kontext der Arbeit folgendermaßen verstanden: „Bürger als zivilgesellschaftlicher Akteur mit seiner persönlichen, sozialen und fachlichen Kompetenz, die in Interaktion zu den jeweiligen Variablen (Funktionsbereich, Ebenen demokratischer Konsolidierung und aktueller Handlungssituation) steht. Unter persönliche Kompetenz werden die bei OFFE/FUCHS gefassten unabhängigen Variablen wie Alter, regionale Herkunft, Geschlecht etc. subsumiert, die soziale Kompetenz setzt sich zusammen aus Einkommen und Assoziabilität, die fachliche aus Allgemeinbildung und fachspezifischem Wissen, wobei Überschneidungen der einzelnen Kompetenzbereiche eingeräumt werden. OFFE und FUCHS untergliedern Sozialkapital in unabhängige und abhängige Variablen mit der Intension, dass ein hoher Bestand an Sozialkapital „Good governance“ und „Wirtschaftsleistung“ fördert. Vgl. Offe, C., Fuchs, S.: Schwund des Sozialkapitals? Der Fall Deutschland. In: Putnam, R.D.(Hrsg.): Gesellschaft und Gemeinsinn. Gütersloh. 2001, S.430f.

⁴⁷ Kraus, P.A.: Assoziationen und Interessenrepräsentation in neuen Demokratien. In: Merkel, Sandschneider (Hrsg.): Systemwechsel 4. Die Rolle von Verbänden im Transformationsprozeß. Opladen. 1999, S. 27.

⁴⁸ Zimmer, A./Priller,E.: Zukunft des Dritten Sektors in Deutschland. In: Anheier,H.K./ Priller,E./Seibel,W./ Zimmer,A.(Hrsg.): Der Dritte Sektor in Deutschland.Berlin.1997,S.260. Nach : Putnam, R.: Making Democracy Work. Princeton,1993.

⁴⁹ Kraus, P.A.: Assoziationen und Interessenrepräsentation in neuen Demokratien. In: Merkel, Sandschneider (Hrsg.): Systemwechsel 4. Die Rolle von Verbänden im Transformationsprozeß. Opladen. 1999, S. 23 –44.

⁵⁰ Nach POPPER ist die einfachste Definition für Demokratie eine Verfassung, die die Möglichkeit eines friedlichen Regierungswechsels impliziert. Vgl. Dahrendorf, R.: Die Krisen der Demokratie. München. 2002, S. 9f.

geben. Er geht den Faktoren nach, die eine demokratische Gesellschaft lebensfähig und lebendig machen und sieht dabei einen Demokratiebegriff, der unterstellt, dass „Demokratie stets als ein Bündel bestimmter institutioneller Merkmale ...“ definiert wird, wie „etwa die Existenz repräsentativer, durch Abstimmung gewählter Versammlungen oder Parteienpluralismus“⁵¹ als nicht hinreichende Definition. Er betrachtet vielmehr die Frage, „in welchem spezifischen Verhältnis die Bürger eines demokratischen Gemeinwesens zueinander stehen“⁵². Unter dem Vorbehalt, dass keine Theorie die Komplexität eines demokratischen Gemeinwesens ausreichend abbilden kann, stellt er zwei idealtypische politische Theorien vor.

Die erste, in der amerikanischen Politikologie verbreitete Theorie argumentiert ökonomisch und geht auf SCHUMPETER zurück. „Die Demokratie ist eine politische *Methode*, das heißt: eine gewisse Art institutioneller Ordnung, um zu politischen – legislativen und administrativen – Entscheidungen zu gelangen, und daher unfähig, selbst ein Ziel zu sein, unabhängig davon, welche Entscheidungen sie unter gegebenen historischen Verhältnissen hervorbringt.“⁵³

Dieser Ausgangspunkt führt zur zentralen Vorstellung, „dass die politische Form der Gesellschaft ein von der Gemeinschaft in Anspruch genommenes Instrumentarium ist, das den Zielsetzungen (von) Individuen oder Gruppen unterworfen ist.“⁵⁴

Dem Modell zufolge entstehen Gruppenziele aus der Konvergenz individueller Ziele; das Prinzip der Partizipation – eine aktive Beteiligung des Bürgers an der Organisation des Gemeinwesens, die über das allgemeine Stimmrecht und verfassungsmäßig garantierte demokratische Grundrechte wie Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit hinausgeht – wird hier bewusst vernachlässigt.

Weitere Quellen dieser Theorie sind HOBBS⁵⁵ und LOCKE⁵⁶ sowie deren Fortführung durch die Aufklärer des 18. Jahrhunderts. In diese Zeit fällt MONTESQUIEU⁵⁷ Konzept, das die vertragstheoretische Basis mit dem römischen Recht vereinte. Bis in diese Periode lassen sich die semantischen Unterschiede der Begriffe Zivilgesellschaft, Bürgergesellschaft und bürgerliche Gesellschaft zurückverfolgen.

⁵¹ Taylor, Ch.: *Wieviel Gemeinschaft braucht die Demokratie*. Frankfurt/M.2001, S.12.

⁵² a.a.O., S.12.

⁵³ Schumpeter, J.A.: *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*. Tübingen und Basel.1993, S.384.

⁵⁴ Taylor, Ch.: *Wieviel Gemeinschaft braucht die Demokratie*. Frankfurt/M.2001, S.13.

⁵⁵ Thomas Hobbes wollte mit seiner Vertragstheorie - ganz im Geiste des modernen Liberalismus - den Kampf um die Verteilung knapper Güter durch einen „status civilis“ erreichen: Der Bürger beschränkt sich auf seine Privatsphäre und überlässt politische Entscheidungen zentralen Instanzen.

⁵⁶ Locke entwickelte den kontraktuellen Gedanken des Vertragstheoretikers Hobbes fort: Grundlegend für Lockes Vorstellungen zur civil society, die er – im Gegensatz zu Hobbes nicht mit dem Staat gleichsetzt, war das Eigentum im Sinne einer durch menschliche Arbeit veränderten Natur. Das Eigentum als Zuordnungskriterium zur bürgerlichen Gesellschaft prägt in den folgenden Jahrhunderten die Verwendung des Begriffs „bürgerliche Gesellschaft“ im deutschen Sprachraum.

⁵⁷ Montesquieu unterschied zwischen government (l'état politique) und society (l'état civile). Vgl.: Cohen, J.L., Arato, A.: *Civil Society and Political Theory*. 1994, S.88f.

Im heutigen Diskurs über Zivilgesellschaft wird selektiv dieses Verständnis von Zivilgesellschaft der Aufklärungszeit mit der Dissidentendiskussion in Ostmitteleuropa in den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts, die sich gegen die Diktatur einer autoritären Einheitspartei wandte, sowie der historischen Diskussion über Bürgertum und bürgerliche Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert verknüpft.⁵⁸

Das zweite, TAYLORs Analyse unterworfenen Modell leitet sich von ROUSSEAU resp. einer Interpretation der ROUSSEAU'schen Idee des Gemeinwillens (*volonté générale*) her. Demnach ist die Voraussetzung für Demokratie ein Gemeinwillen, der durch umfassende Partizipation der Bürger zustande gekommen ist, mit dem sich alle identifizieren und der dadurch volle Legitimation erfährt. Auf den politischen Theorien ROUSSEAU's stützen sich der Marxismus, insbesondere der Leninismus. Ihm liegt die Überzeugung zugrunde, dass sich Gesellschaftskonflikte als Klassenkonflikte manifestieren und eine Abschaffung der Klassen die Harmonisierung der Interessen mit sich bringt.⁵⁹

Eben diese Theorie hat sich im 20. Jahrhundert mit dem Zusammenbruch der auf das marxistisch-leninistische Fundament gegründeten sozialistischen Systeme in Osteuropa als brüchig erwiesen. Der im Namen der Arbeiterklasse artikulierte Alleinvertretungsanspruch des *volonté générale* durch eine Partei endete in Regimen, in denen die individuellen Interessen und Freiheiten der Bürger mehr oder minder massiv unterdrückt wurden.

TAYLOR kommt zu dem Schluss, dass das von ROUSSEAU inspirierte Modell als Leitfaden für eine demokratische Ordnung nicht tragfähig ist und stellt ein eigenes, sich ebenfalls auf bürgerlich-humanistische Werte beziehendes Modell vor. Der entscheidende Unterschied zur ROUSSEAU'schen Lehre besteht in der Anerkennung konkurrierender individueller Interessen in einer freien Gesellschaft. Bezugspunkt für alle Mitglieder der Gesellschaft mit ihren individuellen Interessen ist das Gesetz als „Inbegriff der zentralen Institutionen und Verfahren des politischen Systems.“⁶⁰

TAYLOR bleibt mit seinem Modell ganz in der Tradition TOCQUEVILLE's und nennt vier Bedingungen für ein funktionierendes Gemeinwesen: die mentale Identifizierung mit demokratischen Institutionen und Prozessen als eine Art gemeinsamen Ausdrucks von

⁵⁸ Hildermeier, M., Kocka, J., Conrad, Ch. (Hrsg.): Europäische Zivilgesellschaft in Ost und West. Begriff, Geschichte, Chancen. Frankfurt. 2000, S.8.

In diesem Zusammenhang muss erwähnt werden, dass das Verständnis zivilgesellschaftlichen Engagements im 20. Jahrhundert während der Nazi-Herrschaft einen Einschnitt erfuhr. In dieser Zeit publizierten nur wenige Autoren über die Zivilgesellschaft. Der bekannteste Vertreter ist hier Antonio Gramsci. Er fasste Zivilgesellschaft als relativ unabhängiges kulturelles Engagement zwischen Markt und Staat. Vgl. zu Gramscis Konzept der 'società civile': Ertmann, A.: Zivilgesellschaft zwischen Revolution und Demokratie.: Die „samtene Revolution“ im Licht von Antonio Gramscis Kategorien der „società civile“. Berlin-Hamburg, 1998, S.47-145.

⁵⁹ Taylor, Ch.: Wieviel Gemeinschaft braucht die Demokratie. Frankfurt/M.2001, S.16f.

⁶⁰ Taylor, Ch.: Wieviel Gemeinschaft braucht die Demokratie. Frankfurt/M.2001, S.16ff.

Bürgerwürde, die Möglichkeit aktiver Partizipation bei Entscheidungen, gegenseitiger Respekt und geordnete wirtschaftliche Verhältnisse.

Diese vier Bedingungen bilden eine der weiteren Untersuchung implizite Annahme, die voraussetzend für das Verständnis von Stiftungshandeln ist.

„Eine organisationsstarke Zivilgesellschaft gibt der politischen Artikulation und Bearbeitung kollektiver Anliegen zusätzlichen Rückhalt, treibt die institutionelle Inklusion gerade auch traditionell untergeordneter sozialer Gruppen voran, schafft notwendige Gegengewichte zur staatlichen Macht und ist daher insgesamt eine wesentliche Ressource für die Schaffung, die Aufrechterhaltung und den Ausbau einer demokratischen Ordnung.“⁶¹ Diese demokratische Ordnung legitimiert und konsolidiert sich über aus Wahlen hervorgegangene politischen Mehrheiten (Mehrheitsherrschaft) einerseits und über institutionalisierte (Organisationsformen des Nonprofit-Sektors) und nicht - institutionalisierte Formen (z.B. in Verfassungen verankerte Volksentscheide) der Absicherung und Durchsetzung der Interessen ihrer Bürger.

Dieser normative Ansatz, der aus demokratiethoretischer Sicht auf ein ideales Verhältnis zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen und deren Akteure rekurriert, scheint sich dem Begriff der *sozialstaatlichen Massendemokratie* im Habermasschen Sinne zu nähern und bildet für die Problemstellung der Arbeit in geeigneter Form den Gehalt des Begriffes *Zivilgesellschaft* ab.

„Die Zivilgesellschaft setzt sich aus jenen mehr oder weniger spontan entstandenen Vereinigungen, Organisationen und Bewegungen zusammen, welche die Resonanz, die die gesellschaftlichen Problemlagen in den privaten Lebensbereichen finden, aufnehmen, kondensieren und lautverstärkend an die politische Öffentlichkeit weiterleiten. Den Kern der Zivilgesellschaft bildet ein Assoziationswesen, das problemlösende Diskurse zu Fragen allgemeinen Interesse im Rahmen veranstalteter Öffentlichkeiten institutionalisiert...“⁶²

Der von SCHUPPERT Ende des 20. Jahrhunderts geprägte Begriff der *Assoziativen Demokratie*⁶³ umspannt die folgenden Grundannahmen ganz im Sinne eines Habermasschen Verständnisses von Zivilgesellschaft. Für die vorliegende Arbeit folgt allerdings die Einschränkung, dass sich Zivilgesellschaft nicht primär auf die institutionelle Ausprägung

⁶¹ Kraus, P.A.: Assoziationen und Interessenrepräsentation in neuen Demokratien. In: Merkel, Sandschneider (Hrsg.): Systemwechsel 4. Die Rolle von Verbänden im Transformationsprozeß. Opladen. 1999, S. 27.

⁶² Habermas, J.: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates. Frankfurt a.M.. 1992, S. 443.

Auch KOCKA sieht in der Semantik des Begriffes Zivilgesellschaft die Öffentlichkeit als begriffliche und realhistorische Abgrenzung zwischen 'öffentlich' und 'privat'. Vgl.: Kocka, J.: Zivilgesellschaft als historisches Problem und Versprechen. In: Hildermeier, M., Kocka, J., Conrad, Ch. (Hrsg.): Europäische Zivilgesellschaft in Ost und West. Begriff, Geschichte, Chancen. Frankfurt. 2000, S.26.

⁶³ Schuppert, Gunnar F.: Assoziative Demokratie Zum Platz des organisierten Menschen in der Demokratietheorie. In: Klein, A./Schmalz-Bruns, R. (Hrsg.): Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Baden – Baden. 1997, S. 132.

des Arrangements gesellschaftlicher Kräfte, sondern auf die normative Generierung gesellschaftlicher Werte und ihrer Realisierung und Implementierung in die Gesellschaft durch die Bürger fokussiert.

Die semantische Vielfalt des Begriffes, der auf der politischen Bühne seit den Transformationsprozessen in Osteuropa ein „Revival“ erlebte und die mitunter tautologischen Wortschöpfungen im Sprachgebrauch der Medien und Politiker – wie z.B. zivile Bürgergesellschaft – geben Anlass, zwei definitorische Grundannahmen zu postulieren, die den semantischen Gehalt der Begriffe verdeutlichen sollen:

Der Begriff *Zivilgesellschaft* verweist auf ein gewaltfreies, ziviles Handeln der gesellschaftlichen Kräfte unter Bezug auf einen normativen Grundkonsens. Die durch Wahlen legitimierten *politischen Akteure* mit ihrem Steuerungsauftrag und Machtwillen determinieren die normative und damit auch die soziale und finanzielle Basis der Gesellschaft.

Der Begriff *Bürgergesellschaft* fokussiert hingegen zuerst den Bürger, der sich engagiert mit öffentlichen Belangen auseinandersetzt, den *Bürger als soziales Kapital und als institutionalisierten sozialen Akteur*.

Beide Begriffe, *Bürgergesellschaft* und *Zivilgesellschaft*, gehen in der tschechischen Begrifflichkeit der „občanská společnost“ auf. Dies ist auf begriffsgeschichtliche Aspekte zurückzuführen⁶⁴. „Občanská“ trägt sowohl den Begriff des Zivilen als auch den des Bürgers in sich. Inwieweit der Aspekt des Bürgerlichen im Sinne der Abgrenzung zwischen *citoyen*, dem Staatsbürger, und *bourgeoise*, dem Angehörigen des Bürgertums, in der tschechischen Begriffsgeschichte reflektiert wird, ist bislang unbeantwortet⁶⁵.

2.2. Zivilgesellschaft zwischen Markt und Staat

Den Ausführungen in 2.1. folgend, ist der Begriff eines statischen „dritten Bereichs“ neben Markt und Staat weder für zivilgesellschaftliche Strukturen in ihrer Gesamtheit noch für den Nonprofit-Sektor als wirtschaftliche Ausprägung dieser Strukturen haltbar.

KOCKA unterscheidet zwei Dimensionen der Definition von Zivilgesellschaft: Die „interaktionslogische Definition“, die als kennzeichnende Modi sozialer Interaktion ein auf

⁶⁴ Klein, A.: Der Diskurs der Zivilgesellschaft. Politische Hintergründe und demokratietheoretische Folgerungen. Opladen. 2001, S.23ff.

⁶⁵ Gegenwärtig läuft am Collegium Carolinum in München unter Leitung von LUFT ein Projekt, das eben dieser Frage nachgeht.

Kompromisse ausgerichtetes Handeln, eine hohe Bewertung individueller Selbständigkeit und gesellschaftlicher Selbstorganisation, pluralistische Prinzipien, Gewaltfreiheit und Gemeinwohlorientierung postuliert. Er legt quasi eine akteursbezogene Interaktion aller Sektoren, des staatlichen wie auch des Profit- und Nonprofit-Sektors zugrunde. Demgegenüber steht die „bereichslogische Definition“ von Zivilgesellschaft, die zivilgesellschaftliches Handeln als dominant in dem Bereich der Gesellschaft beschreibt, der zwischen Markt und Staat und Privatem angesiedelt ist.⁶⁶ Die der interaktionslogischen Definition inhärenten Modi zivilgesellschaftlichen Handelns sind dabei nicht ausgeschlossen. Diese Vorstellung zivilgesellschaftlicher Semantik deckt sich mit dem Ansatz für die weiteren Untersuchungen über die Aktivitäten der tschechischen Stiftungen und ihren Beitrag zur demokratischen Konsolidierung des Landes⁶⁷.

Eine Konvergenz von Nonprofit-Sektor mit seinen Organisationen und Zivilgesellschaft wird auch von ANHEIER⁶⁸ verneint. Er fasst die Organisationen des Nonprofit-Bereichs als eine Art Infrastruktur der Zivilgesellschaft auf. Der Begriff der Zivilgesellschaft bildet darüber hinaus mehr als nur die Organisationen ab, sondern auch die „Bürgerlichkeit“⁶⁹ – menschliche Werte und Orientierungen.

Bereits klassische Autoren wie Locke, Hegel und Marx haben die wirtschaftliche Dimension als eine zentrale Dimension der Zivilgesellschaft betrachtet. Sie war von Beginn an eine Triebkraft der sich entwickelnden Zivilgesellschaft. Eine funktionierende Marktwirtschaft – mit der Einschränkung der Dezentralisierung von Entscheidungen und Macht – ist für die Existenz einer Zivilgesellschaft konstitutiv. Deren Verhältnis ist ambivalent und gestaltbar. Auch das Funktionieren marktwirtschaftlicher Mechanismen wird durch zivilgesellschaftliche Strukturen befördert. Diese sichern den sozialen Zusammenhalt, schaffen Vertrauen und sind Träger des sozialen Kapitals, dessen sich der Markt bedient, aber nicht selbst schaffen kann.⁷⁰

Das Verhältnis von Zivilgesellschaft und Staat ist ebenfalls interdependent: Zivilgesellschaft in der Zeit der Aufklärung hatte nie nur partikulare oder private Interessen im Visier, sondern die das Gemeinwesen stützenden Institutionen und deren Veränderung auf staatlicher Seite.

⁶⁶ Vgl. Gosewinkel, D.: Die Arbeitsgruppe „Zivilgesellschaft: historisch-sozialwissenschaftliche Perspektiven“ am Wissenschaftszentrum Berlin. In: *Maecenata Actuell.* 36/2002. Berlin. 2002, S. 17.

⁶⁷ Das „Private“ wird im Kontext der Arbeit im Unterschied zu der häufig in der Literatur anzutreffenden Darstellung (Kocka, Freise u.a.) nicht gesondert als Bereich gefasst. Es ist vielmehr den Akteuren in allen Bereichen inhärent und kann in den Handlungen der Akteure psychologisch nie scharf abgegrenzt werden.

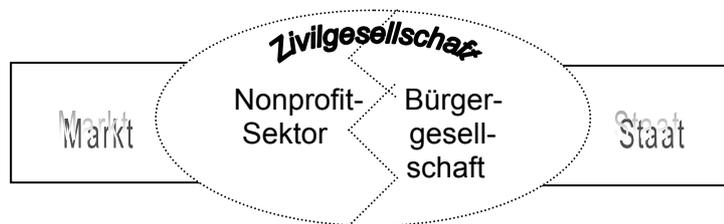
⁶⁸ Grantis. Monatszeitschrift für den Nonprofit-Sektor. Prag. 2/2002, S.2ff. und Kocka, J.: Zivilgesellschaft in historischer Perspektive. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen.* H2, S.29-37.

⁶⁹ Grantis. Monatszeitschrift für den Nonprofit-Sektor. Prag. 2/2002, S. 3. In der tschechischen Fassung des Interviews mit Helmut Anheier wird von „občanskost“ gesprochen – in der Übersetzung „Bürgerlichkeit“.

⁷⁰ Kocka, J.: Zivilgesellschaft als historisches Problem und Versprechen. In: Hildermeier, M., Kocka, J., Conrad, Ch. (Hrsg.): *Europäische Zivilgesellschaft in Ost und West. Begriff, Geschichte, Chancen.* Frankfurt. 2000, S.22f.

Um zur Entfaltung zu gelangen, ist Zivilgesellschaft auf eine institutionelle und normative Verankerung angewiesen. Dies gelingt nicht ohne den Staat.“⁷¹

Übersicht 1: Zivilgesellschaft zwischen Markt und Staat



Eigene Darstellung

Das Denken in der generellen Dreigliedrigkeit von Markt, Staat und Nonprofit-Sektor verweist auf eine nicht vorhandene Abgegrenztheit der Bereiche und degradiert den Nonprofit-Sektor zum statischen Begriff.

Der aus dem Englischen stammende Begriff *nonprofit* legt ebenso wie der im Tschechischen gebrauchte Begriff *neziskový* nahe, dass es sich um den gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Bereich handelt, dessen Ziele sich nicht im Streben nach maximalem Gewinn finden und der „weder dem Staat *noch* dem privaten gewinnorientierten Unternehmensbereich“⁷² zuzuordnen ist. Er ergibt sich vielmehr aus der Interaktion seiner Institutionen im Spannungsfeld staatlicher Reglementierung, wirtschaftlichen Erfolgs und individueller sowie kollektiver Interessen der Bürger.

Die bisher auf allgemeinen Konsens treffende negative Begriffsbestimmung ist ein Indiz für die Schwierigkeit, ein umfassende, für alle Nonprofit-Organisationen allgemeingültige Merkmalsbeschreibung zu geben.⁷³

So wurden von SALAMON/ANHEIER folgende allgemeine Charakteristika für NPOs⁷⁴ als Arbeitsgrundlage postuliert, die auch auf den tschechischen Nonprofit-Sektor applizierbar sind:

⁷¹ Kocka, J.: Zivilgesellschaft als historisches Problem und Versprechen. In: Hildermeier, M., Kocka, J., Conrad, Ch. (Hrsg.): Europäische Zivilgesellschaft in Ost und West. Begriff, Geschichte, Chancen. Frankfurt. 2000, S.24.

⁷² Badelt, Ch.: Zielsetzungen und Inhalte des Handbuchs der Nonprofit Organisation. In: Badelt, Ch. (Hrsg.): Handbuch der Nonprofit Organisation. Stuttgart. 1997, S. 6.

⁷³ Vgl. näher: Badelt, Ch.: Zielsetzungen und Inhalte des Handbuchs der Nonprofit Organisation. In: Badelt, Ch. (Hrsg.): Handbuch der Nonprofit Organisation. Stuttgart. 1997, S. 6f.

⁷⁴ GOULLI/VYSKOČILOVÁ/GOULLIOVÁ vertreten die Auffassung, dass die fünf von SALOMON/ANHEIER aufgestellten Kriterien für die Kennzeichnung einer Nonprofit-Organisation um ein weiteres, sechstes „Peripheriekriterium“ zu ergänzen sei: Die wirtschaftliche Dimension einer Nonprofit-Organisation. Dieses Peripheriekriterium nimmt in Transformationsländern wie der Tschechischen Republik, so ihre Auffassung, einen entscheidenden Platz für die umfassende Beschreibung des Nonprofit-Sektors ein.

- Mindestmaß an Institutionalisierung und formaler Organisation,
- Institutionelle Unabhängigkeit vom Staat,
- Juristischer Status der Gemeinnützigkeit,
- Minimum an Selbstverwaltung,
- Ehrenamtlichkeit.⁷⁵

Die Betätigungsfelder der NPOs liegen im Kultur-, Sport- und Erholungsbereich ebenso wie im Bildungs- und Erziehungswesen, Gesundheits- und Sozialwesen, in der Partei- und Verbandsarbeit sowie in berufsständischen Interessenvertretungen.

Sie differieren sowohl in ihrer Größe als auch in ihrer Organisationsstruktur.

Hervorzuheben ist hierzulande der hohe Stellenwert, den die Zivilgesellschaft inzwischen in der politischen Diskussion einnimmt. Im Kontext der Sozialstaats- und Arbeitsmarktreform und in der Polemik über die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft wird auf ihn Bezug genommen, „ihm wird eine wichtige Rolle bei der Bewältigung der Individualisierungs- und Pluralisierungsprozesse postindustrieller Gesellschaften eingeräumt“⁷⁶. Gegen Ende der 90er Jahre zeichnete sich allerdings ein anderes Bild: Der politische Diskurs konzentrierte sich vorwiegend auf die Mikroebene und die individuellen Tätigkeiten der Bürger. Die Einsetzung der Enquetekommission des Bundestages „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ und deren im Jahr 2002 vorgelegter Bericht machen deutlich, dass das politische Interesse der Mesoebene des Nonprofit-Sektors, der Ermöglichungssphäre von Bürgerengagement, versagt blieb.

Der Nonprofit-Sektor bietet mit seiner breit gefächerten Palette an Organisationen einen institutionellen Rahmen für die Entfaltung der Demokratie, innerhalb dessen seine wirtschaftliche Ausprägung quantitativ messbar wird. PRILLER und ZIMMER sehen ihn gar als „Garant für die Vertiefung und Weiterentwicklung der Demokratie“.⁷⁷

Bevor diese Messlatte allerdings jungen Transformdemokratien wie Tschechien angelegt wird, muss hinterfragt werden, ob diese Annahme für westliche Demokratien zutrifft. Neuere Untersuchungen zu nationalen Entwicklungstrends belegen, dass beispielsweise in Frankreich eine extreme Konzentration der Institutionen auf vier Tätigkeitsbereiche zu

Vgl.: Goulli /Vyskočilová/Goulliová: In: Frič, P./Goulli, R. u.a.: Der Nonprofit-Sektor in der Tschechischen Republik. Ergebnisse des internationalen vergleichenden Projekts der John Hopkins Universität. Prag. 2001, S.129ff.

⁷⁵ Vgl. Salamon, L.M./ Anheier H.K.: Der Dritte Sektor in internationaler Perspektive. In: Anheier/Priller/Seibel/Zimmer (Hrsg.): Der Dritte Sektor in Deutschland. Organisationen zwischen Staat und Markt im gesellschaftlichen Wandel. Berlin. 1997, S. 154. und Badelt, Ch.: Zielsetzungen und Inhalte des Handbuchs der Nonprofit Organisation. In: Badelt, Ch. (Hrsg.): Handbuch der Nonprofit Organisation. Stuttgart. 1997, S. 8f.

⁷⁶ Priller, E./Zimmer, A.: Der Dritte Sektor international. Mehr Markt-weniger Staat?. Wohin geht der Dritte Sektor? Eine Einführung. Berlin. 2001, S.11.

⁷⁷ Priller, E./Zimmer, A.: Der Dritte Sektor international. Mehr Markt-weniger Staat?. Wohin geht der Dritte Sektor? Eine Einführung. Berlin. 2001, S.11.

verzeichnen ist – auf die Sozialen Dienste, Bildung und Forschung, Gesundheit und Kultur sowie Sport und Freizeit. In diesen Bereichen konzentrieren sich 88% der Organisationen, 86% der laufenden Ausgaben, 90% der Arbeitsplätze und 70% der ehrenamtlichen Tätigkeit im Nonprofit-Sektor.⁷⁸ Auch in den Niederlanden sind, ähnlich wie in Frankreich, vier Tätigkeitsbereiche im Sektor dominant – Gesundheitswesen, Bildung und Forschung, Soziale Dienste, Wohnungswesen und Beschäftigung. Auf diese Bereiche entfallen 90% der Beschäftigten, 95% der öffentlichen Gelder und 74% der Beiträge⁷⁹. In Deutschland erstreckt sich das Spektrum der Tätigkeitsbereiche von Nonprofit-Organisationen vordergründig auf die wohlfahrtsstaatlichen Bereiche Gesundheitswesen und Soziale Dienste. Insbesondere der Bereich Forschung und Bildung ist hier – im Unterschied zu Großbritannien⁸⁰ - vorwiegend staatlich organisiert.

Diese Beispiele zeigen, dass aufgrund politischer Rahmenbedingungen, kultureller Faktoren und historischer Entwicklungsmöglichkeiten Nonprofit-Organisationen immer dort Fuß fassen konnten, wo sich eine Diskrepanz zwischen individuellem und kollektivem Bedarf und staatlichem und / oder wirtschaftlichem Handeln auftat. Entscheidende Voraussetzung für deren Institutionalisierung ist allerdings noch vor Schaffung der dafür notwendigen normativen Basis die Bewusstheit und Bewusstmachung dieser Lücke. Somit kann die spezifische Ausprägung des Nonprofit-Sektors eines Landes durchaus als *ein* Abbild zivilgesellschaftlicher Reife, als Vermögen, gesellschaftliche Belange selbst, „von unten“ zu organisieren, angesehen werden und ist damit als Indikator zur Überprüfung demokratischer Entwicklung geeignet, wenngleich er nicht als ausschließliches und hinreichendes Kriterium gesehen werden kann.

⁷⁸ Archambault, E.: Der Dritte Sektor in Frankreich. In: Anheier, H.K./Priller,E./Seibel,W./Zimmer,A.(Hrsg.): Der Dritte Sektor in Deutschland. Berlin.1997,S.183.

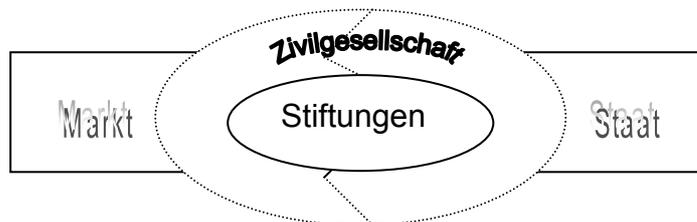
⁷⁹ Dekker, P.: Nonprofit-Organisationen in den Niederlanden. In: Priller,E./Zimmer,A.(Hrsg.): Der Dritte Sektor international. Berlin.2001,S.164.

⁸⁰ In Großbritannien ist fast jeder zweite Arbeitsplatz im Nonprofit-Sektor dem Bereich Bildung und Forschung zugeordnet. Nach der Privatisierung lokaler Bildungseinrichtungen (Schulen, Universitäten und Forschungseinrichtungen) in den 90er Jahren wurden diese als Nonprofit-Organisationen geführt, vorwiegend allerdings aus öffentlichen Mitteln finanziert. Nach: Kendall, J.: Dritter Sektor und Dritter Weg in Großbritannien. In: Priller,E./Zimmer,A.(Hrsg.): Der Dritte Sektor international. Berlin.2001,S.124f.

2.3. Zivilgesellschaft und Stiftungen

Die Stiftungen sind gewissermaßen eine *conditio sine qua non* für den Aufbau, Bestand und die Entwicklung des Nonprofit-Sektors als institutionellen und zugleich wirtschaftlichen Ausdruck der Zivilgesellschaft. In der europäischen wissenschaftlichen Diskussion um die Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements finden sie derzeit jedoch noch wenig Beachtung.

Übersicht 2: Stiftungen in der Zivilgesellschaft



Eigene Darstellung

Ein Grund mag darin liegen, dass Stiftungen von der Politik in den letzten Jahren mehr als Modell für die Entstaatlichung des öffentlichen Lebens⁸¹, denn als Ermöglichungssphäre zivilgesellschaftlichen Engagements gesehen (vgl. S.24f.) werden. Dies belegen die Änderungen im Bereich des Stiftungsrechts in vielen europäischen Ländern⁸² sowie die Anstrengungen zur Förderung gesellschaftlicher Innovation durch Unternehmens- und Privatstiftungen.

Konkrete Angaben über die Größe des Stiftungswesens im internationalen Maßstab sind aufgrund fehlender Erhebungen kaum existent. Eine der wenigen Ausnahmen bilden die USA mit ihren mehr als 45.000 Stiftungen. Im europäischen Vergleich sind ebenfalls nur Schätzungen vorhanden. Diese belaufen sich auf ca. 80.000 bis 100.000 Stiftungen in Europa. Die europäische Stiftungslandschaft variiert schon aufgrund der unterschiedlichen Kulturen und gesetzlichen Regelungen von Land zu Land. Bei den genannten Zahlen ist eine breite Streuung zwischen den Ländern zu berücksichtigen: Während für Großbritannien vom Directory of Grant-making Trusts ca. 2.500 Stiftungen registriert sind, umfasst das

⁸¹ Bestätigt wird das durch den Befund von KILIAN. Vgl. KILIAN, M.: Stiftungerrichtung durch die öffentliche Hand. In: BELLEZZA, E., KILIAN, M., VOGEL, K.: Der Staat als Stifter. Gütersloh, 2003, S.15f. Vgl. auch zur Diskussion über öffentliche Stiftungen in Deutschland: Thomsen, H.: Die Macht der grauen Eminenzen. In: Die Zeit. 24. Juni 2004. 27/2004, S. 36.

⁸² In diesem Zusammenhang ist die Arbeit von KALUPNER erwähnenswert, die das Stiftungswesen im politischen Diskurs in Deutschland von 1983-2000 analysiert. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass über 50% der Redebeiträge im Parlament nach seit März 1999 (erste eigenständige Debatte zur Stiftungsrechtsreform) gehalten wurden. Diese Tendenz korrespondiert mit der Medialisierung in der Presse. Inhaltliche Deutungsmuster im Zusammenhang mit den Stiftungen weisen in erster Linie auf Demokratie, Gemeinnützigkeit und Fortschritt. Vgl.: KALUPNER, S.: Das Stiftungswesen im politischen Diskurs 1983-2000. Eine Evaluationsstudie zur Reform des Stiftungsrechts und zur Rolle der Politikberatung in diesem Prozess. Berlin. 2000, S.6-19.

portugiesische Stiftungsverzeichnis 250 und das spanische 7.000. In Frankreich gibt es ca. 500 autonome Stiftungen und in Österreich ca. 600. Polnische Schätzungen gehen von ca. 4.500 Stiftungen im Land aus, von denen nur zehn über ein Stiftungskapital verfügen, das eine Basis für eine langfristige Tätigkeit bietet⁸³.

Das European Foundation Centre schätzt die Zahl der europäischen Stiftungen sogar auf ca. 200.000⁸⁴. Allein in den Aufbau des osteuropäischen Nonprofit-Sektors haben Stiftungen in den ersten fünf Jahren nach 1989 mehr als 50 Millionen US-Dollar⁸⁵ investiert.

Eingehende Untersuchungen des deutschen Stiftungswesens in den Jahren 1989/1990 zeigten folgende sektorale Zusammensetzung in Deutschland: Ein Drittel der Stiftungen verfolgt soziale Zielsetzungen, ein Fünftel ist im Bereich Bildung und Fortbildung tätig, ein weiteres knappes Fünftel im Bereich Kunst und Kultur, 13% in der Forschung und 10% beschäftigen sich mit Themen wie Gesundheit, Religion und Umwelt. Von den über 9.000 deutschen Stiftungen wurden ca. 4.400 nach 1980 errichtet.⁸⁶ KILIAN konstatiert die Zunahme von Stiftungen in Zeiten des „schlanken Staates“. Vor allem staatliche Stiftungen oder staatlich initiierte Stiftungen sowie die Förderung des Bürgerengagements in kommunalen Stiftungen, so genannten Bürgerstiftungen, erleben derzeit in Deutschland einen Gründungsboom.⁸⁷

Ungeachtet der Länderspezifik lassen sich im zivilgesellschaftlichen Kontext folgende Determinanten für Stiftungen in Europa herausfiltern:

„Stiftungen sind *unabhängige, eigenständige, nicht gewerbliche Rechtspersonen mit eigener fundierter und sicherer Einkommensquelle*, die (gewöhnlich, aber nicht ausschließlich) aus einem Grundstockkapital besteht *und durch ihr eigenes Verwaltungsorgan verwaltet werden*. Sie sind mit Gütern, Rechten und Mitteln ausgestattet um ihre Aufgaben auszuführen und *gemeinnützige Zwecke zu unterstützen*, in dem sie entweder Vereine, Institutionen oder einzelne Personen unterstützen oder eigene Programme umsetzen.“⁸⁸

⁸³ Kwiatkiewicz, A.: Endowment Building in Poland: A Favourable Environment? Vgl.: <http://www.efc.be/cgi-bin/articlepublisher.pl?filename=AK-SE-01-03-1.html>

⁸⁴ Europäisches Stiftungszentrum: Arbeiten mit Stiftungen in Europa. Warum und Wie? Vgl.: <http://www.efc.be/ftp/public/en/papers/EUCPaperGerman.pdf>.

⁸⁵ Vgl.: Quigley, K., Popson, N.: Rebuilding Civil Society in Eastern and Central Europe. The Role Played by Foundations. In: Anheier, H., Toepler, St.: Private Funds, Public Purpose. Philanthropic Foundations in International Perspektive. New York, 1999, S.238f. Dies ist nach Auswertung der erhobenen Daten eine vorsichtige Schätzung der Verfasser, die tatsächliche Summe wird ihrer Meinung nach höher liegen. Stiftungen wie die C.S.Mott Foundation, Soros und European Culture Foundation begleiteten von Beginn an mit eigenen Niederlassungen die zivilgesellschaftlichen Prozesse in den osteuropäischen Ländern.

⁸⁶ Anheier, H.K.: Stiftungen - Investitionen in die Zukunft der Gesellschaft. In: Rechts- und Staatswissenschaftliche Vereinigung e.V. (Hrsg.): Stiftungen - Investitionen in die Zukunft der Gesellschaft. Bertelsmann Stiftung.Gütersloh.2000, S.12f.

⁸⁷ Vgl.: KILIAN, M.: Stiftungserrichtung durch die öffentliche Hand. In: BELLEZZA, E., KILIAN, M., VOGEL, K.: Der Staat als Stifter. Gütersloh, 2003, S.13-19. und Mecking, Ch.: Konsolidierung auf hohem Niveau: 784 neue Stiftungen in 2003. In: ZSt. Zeitschrift zum Stiftungswesen. 4/2004, S. 112.

⁸⁸ Europäisches Stiftungszentrum: Arbeiten mit Stiftungen in Europa. Warum und Wie? Vgl.: <http://www.efc.be/ftp/public/en/papers/EUCPaperGerman.pdf>. S.1f.

Stiftungen sind eine spezifische, in Europa normativ unterschiedlich geregelte Form gemeinwohl-orientierten Handelns, denen sich die Legislative in den letzten Jahren nach vorangegangener „Vernachlässigung“ sowohl in Deutschland als auch in Tschechien in besonderer Art angenommen hat. Ihre Gründung rekuriert – unter Voraussetzung des politischen Willens und der politischen Ermöglichung - auf zwei angebotsabhängige Faktoren: Auf die Verfügbarkeit *monetären Kapitals* in Form finanzieller Mittel, Immobilien und auch anderer Wertgegenstände und Kulturgüter. Diese Verfügbarkeit gedeiht auf dem Boden der von TAYLOR beschriebenen geordneten wirtschaftlichen Verhältnisse (vgl. Kap. I/2.1., S.20). Der zweite Faktor ist das *Humankapital*, das Engagement der Bürger, die diese Mittel eigenständig zur Realisierung gemeinnütziger Ziele in Form einer Stiftung verwalten. Dies setzt die normativ abgesicherte Möglichkeit aktiver Partizipation, die mentale Identifizierung mit demokratischen Institutionen und Prozessen sowie gegenseitigen Respekt in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung voraus (Kap. I/2.1, S.20).

Demokratiethoretische Argumente für die Existenz von Stiftungen sind nicht ohne Vorbehalte zu übernehmen: Aussagen zu den Stiftungen als Stütze der demokratischen Systemen inhärenten Lobbypolitik⁸⁹ und als Instrument zur Ermöglichung der Mitsprache und Mitgestaltung durch die Einbringung privater finanzieller Mittel und (meist unentgeltlicher) Arbeitsleistung durch die Bürger in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens bleiben ohne den empirischen Nachweis in Bezug auf einen gesellschaftlichen Nutzen, der über eine Kompensation der staatlichen Steuereinbußen und der eigenen Betriebskosten hinausgehen müsste, anfechtbar.⁹⁰

Ungeachtet dessen sind die Stiftungen zu einem Bestandteil des modernen europäischen Verständnisses der politischen Systeme geworden. Die europäischen Regierungen machen sich ihre Erfahrungen und Strukturen zur Realisierung von Aufgaben, die staatlicherseits nicht oder nur mit enormem Aufwand erfüllt werden können, auf verschiedene Weise zunutze⁹¹. Dies basiert auf der Annahme, dass Stiftungen aufgrund ihrer Organisationsform individuelles Handeln im öffentlichen Interesse dauerhaft ermöglichen und Partnerschaften mit anderen Institutionen eingehen können. Die Literatur spricht häufig von der besonderen

⁸⁹ Ähnlich dem Bundesverband Deutscher Stiftungen wurde in Tschechien das Stifterforum (Forum dárců) gegründet. Die Mitgliedschaft in dieser Außenvertretung für das Stiftungswesen ist freiwillig.

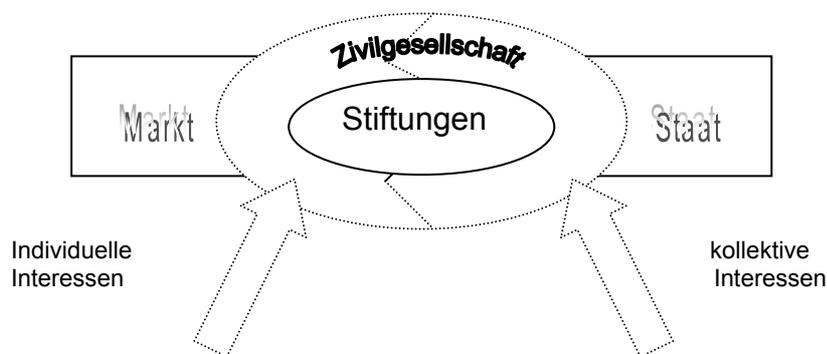
⁹⁰ Vgl.: Anheier, H.K., Appel, A.: Stiftungen in der Bürgergesellschaft: Möglichkeiten und Grenzen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. B14/2004. Bonn, 2004, S.11ff.

⁹¹ Eine Ausnahme bildet Österreich. Nachdem während der beiden Weltkriege fast alle Stiftungen aufgelöst wurden, hat es bisher wenig für eine Wiederbelebung des Stiftungswesens getan. Vgl.: Anheier, H.K., Appel, A.: Stiftungen in der Bürgergesellschaft: Möglichkeiten und Grenzen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. B14/2004. Bonn, 2004, S.11ff.

Eignung von Stiftungen, „quasi als philanthropisches Risikokapital in jenen Bereichen zu fungieren, in denen sich Markt und Staat schwerer tun.“⁹²

Stiftungen sollten nicht vordergründig zur Durchsetzung machtpolitischer Interessen, sondern als Framers und Scener bürgerschaftlichen Engagements im demokratischen europäischen System (wieder)belebt⁹³ werden. In diesem Zusammenhang fasst die Einsicht Fuß, dass Stiftungen im Unterschied zu gewählten Regierungen aus ihrer Position der Unabhängigkeit und Beständigkeit langfristige, über Wahlperioden hinausgehende Entwicklungen begleiten können.

Übersicht 3: Kollektive und individuelle Interessenaggregation



Eigene Darstellung

Stiftungen nehmen – in Abhängigkeit der länderspezifischen Rahmenbedingungen in unterschiedlichem Maße - operative und strategische Aufgaben im zivilgesellschaftlichen System wahr: Sie artikulieren und aggregieren kollektive Interessen. Sie selektieren, bündeln und integrieren individuelle Interessen und Ressourcen. Gleichzeitig sind sie nicht nur eine Institution, über die gesellschaftliche Partizipation realisiert werden kann, sondern sie bringen sich als unabhängige Akteure idealerweise fernab von parteipolitischen Kalkül in den politischen Prozess ein und steuern dadurch mittelbar die gesellschaftliche Entwicklung eines Landes. In der Praxis allerdings sind die in den Verwaltungsräten der Stiftungen tätigen Ehrenamtlichen meist auch politisch aktiv, so dass Interessenkollisionen wahrscheinlich nicht immer zu vermeiden sind. Dennoch schafft die „Tatsache, dass Stiftungen außerhalb des etablierten Parteien-, Regierungs- und Verwaltungssystems politisch agieren können, ... die Möglichkeit zur Unterstützung von Themen, die in der

⁹² Anheier, H.K.: Stiftungen - Investitionen in die Zukunft der Gesellschaft. In: Rechts- und Staatswissenschaftliche Vereinigung e.V. (Hrsg.): Stiftungen - Investitionen in die Zukunft der Gesellschaft. Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, 2000, S.13.

⁹³ Die im Mittelpunkt der amerikanischen Stiftungsdiskussion stehende Befürchtung des Missbrauchs von Stiftungen und eine damit einhergehende Untergrabung des demokratischen Systems wird in Europa nicht im gleichen Maße geführt. Allerdings werden die Aktivitäten von Stiftungen auch in Skandinavien mit einigem Misstrauen betrachtet.

allgemeinen Politik umgangen werden. Dies betrifft die Interessen ethnischer, religiöser und kultureller Minderheiten, ..., denen es schwer fällt, sich im politischen Alltagsgeschäft Gehör zu verschaffen. In diesen Fällen bieten Stiftungen eine Unterstützungsmöglichkeit und können das demokratische Defizit ausgleichen.“⁹⁴

2.4. Theoretische Modelle des Nonprofit-Sektors

Die wissenschaftliche Behandlung von Nonprofit-Organisationen erfolgt im Kontext verschiedener Wissenschaftsdisziplinen, die explizite oder implizite Aussagen über Determinanten für Größe und Struktur des Nonprofit-Sektors treffen. Mit dem John Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project⁹⁵ (JHCNSP) wurden nachfolgende Theorien bzw. Hypothesen einer empirischen Untersuchung unterzogen.

Die *Heterogenitätstheorie*, entwickelt von Burton WEISBROD⁹⁶ und bekannt als Theorie des Markt- und Staatsversagens, erklärt die Existenz des Nonprofit-Sektors als Resultat des Versagens des Marktes und des Staates bei der Bereitstellung kollektiver Güter.

Eine ausschließliche Realisierung kollektiver Güter über den Markt würde aufgrund der fehlenden Bereitschaft, für ein Produkt zu zahlen, was man auch kostenlos haben kann, zu einer Unterversorgung mit diesen Gütern führen (free-rider-Effekt).

Der Staat kann nun zur Finanzierung solcher Güter Steuern und Abgaben erheben. Das Problem bei der staatlichen Bereitstellung kollektiver Güter liegt aber in demokratischen Ordnungen in der Ausrichtung des staatlichen Handelns am durchschnittlichen Wähler. Die Meinung der Wählermehrheit als Richtlinie staatlichen Handelns hat zur Folge, dass bei der Produktion kollektiver Güter selektiert wird und diejenigen kollektiven Güter, die keine mehrheitliche Unterstützung in der Gesellschaft finden, nicht in ausreichendem Maße angeboten werden. Diese unbefriedigte Nachfrage von einem geringen Bevölkerungsteil nach spezifischen kollektiven Gütern wird durch den Nonprofit-Sektor ausgeglichen.

⁹⁴ Anheier, H.K., Appel, A.: Stiftungen in der Bürgergesellschaft: Möglichkeiten und Grenzen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. B14/2004. Bonn, 2004, S.13.

⁹⁵ Das John Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project ist ein internationaler und interdisziplinärer Forschungsverbund, der sich neben theoretischen Arbeiten zum Nonprofit-Sektor mit der Erhebung von Daten in diesem Sektor in ca. 30 Ländern Europas, Nord- und Südamerikas, Asiens und Afrikas beschäftigt.

Vgl. ausführlich: Anheier, H.K., Priller, E., Seibel, W., Zimmer, A. (Hrsg.): Der Dritte Sektor in Deutschland. Organisationen zwischen Staat und Markt im gesellschaftlichen Wandel. Berlin. 1997, S. 211-246.

⁹⁶ Vgl. Weisbrod, B: The Voluntary Nonprofit Sector. Lexington. 1978, S.66ff. In: Salamon, L.M., Anheier, H.K.: Der Nonprofit-Sektor: Ein theoretischer Versuch. In: Anheier, H.K., Priller, E., Seibel, W., Zimmer, A. (Hrsg.): Der Dritte Sektor in Deutschland. Organisationen zwischen Staat und Markt im gesellschaftlichen Wandel. Berlin. 1997, S.217.

Die *Theorie des Vertragsversagens*, entwickelt von Henry HANSMANN⁹⁷ leitet die Existenz des Nonprofit-Sektors von einer als „Vertragsversagen“ bezeichneten Form des Marktversagens ab. Ausgehend von Informationsasymmetrien, die aus einer unterschiedlichen Identität von Käufer und Konsument entstehen, wird ein nachteiliges Verhalten des Produzenten gegenüber dem Kunden möglich, z.B. bei der Auswahl eines Kindergartenplatzes oder eines Platzes im Altersheim. Mechanismen für die Sicherung von Quantitäts- und Qualitätsstandards bieten nun Nonprofit-Organisationen, deren Handeln nicht durch Profit-Streben gekennzeichnet ist und die aus diesem Grunde, aus ihrer Gemeinwohlorientierung heraus, vertrauenswürdiger scheinen.

In der *Theorie des Wohlfahrtsstaates* – aus dem europäischen Kontext in die amerikanische Diskussion übernommen – wird ausgehend von der Erhöhung der staatlichen Sozialausgaben die Schlussfolgerung aufgestellt, dass diese „Wohlfahrtsexpansion“ zu Lasten anderer Institutionen mit sozialer Ausrichtung im privaten und Nonprofit-Sektor geschehen muss.

Die Beziehungen zwischen Staat und Nonprofit-Sektor, die sich zum Beispiel in Deutschland im Verlauf der letzten zwei Jahrhunderte herausgebildet haben und die durch drei Prinzipien – dem Subsidiaritätsprinzip, dem Selbstverwaltungsprinzip und dem Prinzip der Gemeinwirtschaft⁹⁸ – gekennzeichnet sind, werden hier fehlinterpretiert.

Sie unterstellt unter Zuhilfenahme des validen Merkmals „Bruttosozialprodukt“, dass mit zunehmender wirtschaftlicher Entwicklung eines Staates auch seine sozialen Leistungen steigen und der Nonprofit-Sektor an Umfang und Bedeutung abnimmt.⁹⁹

Als Folge der Überbetonung der Rolle des Staates bei der Lösung gesellschaftlicher Probleme und der Wahrnehmung sozialer Aufgaben wird die Dynamik des Nonprofit-Sektors verbal und funktional immer mehr eingeeengt.

Die *Angebotstheorie* bezieht neben den Parametern der unbefriedigten Nachfrage nach Kollektivgütern sowie des Marktversagens im Unterschied zu anderen Theorien mit der Existenz von „Sozialunternehmern“ den individuellen Faktor „Mensch“ in die Betrachtung ein. Sie impliziert, dass mit dem Auftreten von „Sozialunternehmern“ eine bestimmte

⁹⁷ Vgl. Hansmann, H.: The role of Nonprofit Enterprise. Yale Law Journal 89, S.1-15. In: Salamon, L.M., Anheier, H.K.: Der Nonprofit-Sektor: Ein theoretischer Versuch. In: Anheier, H.K., Priller, E., Seibel, W., Zimmer, A. (Hrsg.): Der Dritte Sektor in Deutschland. Organisationen zwischen Staat und Markt im gesellschaftlichen Wandel. Berlin. 1997, S. 221.

⁹⁸ Anheier, H.K.: Der Dritte Sektor in Zahlen. In: Anheier, H.K., Priller, E., Seibel, W., Zimmer, A. (Hrsg.): Der Dritte Sektor in Deutschland. Organisationen zwischen Staat und Markt im gesellschaftlichen Wandel. Berlin. 1997, S. 30f.

⁹⁹ Salamon, L.M., Anheier, H.K.: Der Nonprofit-Sektor: Ein theoretischer Versuch. In: Anheier, H.K., Priller, E., Seibel, W., Zimmer, A. (Hrsg.): Der Dritte Sektor in Deutschland. Organisationen zwischen Staat und Markt im gesellschaftlichen Wandel. Berlin. 1997, S. 222f.

zielgerichtete Handlungsmotivation einzelner Individuen unter gewissen Rahmenbedingungen, beispielsweise einer religiösen Konkurrenzsituation, gefördert wird.

Die *Interdependenztheorie* stellt die Interdependenz zwischen staatlichem und Nonprofit-Sektor in den Vordergrund und begründet gegenseitige Kooperationsbeziehungen zwischen diesen Sektoren damit, dass einerseits Nonprofit-Einrichtungen einem staatlichen Agieren in bestimmten Bereichen zuvorkommen und der Staat damit auf ihre Kompetenzen und Erfahrungen sowie ihr institutionelles Gefüge zurückgreifen kann. Andererseits stößt der Nonprofit-Sektor auf eine Grenze, die von SALAMON als „Philantropieversagen“¹⁰⁰ bezeichnet wird und somit ein staatliches Eingreifen rechtfertigt. Letztendliche Relevanz kommt der abnehmenden Fähigkeit des Nonprofit-Sektors in modernen Industriegesellschaften zu, notwendige Finanzmittel für die Erstellung sozialer Leistungen selbst zu akquirieren und auf staatliche Finanzierung angewiesen zu sein.

Die *institutionelle Theorie* greift weiter. Sie versucht die Interdependenzen von Staat und Nonprofit-Sektor zu erklären. Sie greift auf historische und gesellschaftliche Gegebenheiten in den einzelnen Ländern zurück, typologisiert sie und zieht daraus Schlussfolgerungen in Bezug auf die Größe und den Umfang des Nonprofit-Sektors eines Landes. Entscheidend hierbei ist die Einsicht, dass die Herausbildung eines so komplexen Gebildes wie des Nonprofit-Sektors „...nicht als Ergebnis singulärer Erklärungsfaktoren, wie Industrialisierung oder das Vorhandensein einer Arbeiterbewegung...“¹⁰¹ verstanden werden kann.

Die institutionelle Theorie stellt auf zwei Parameter ab:

- (1) Höhe der staatlichen Sozialausgaben
- (2) Historische und gesellschaftliche Voraussetzungen

und bildet damit vier Modelle des Nonprofit-Sektors: Das liberale, das sozialdemokratische, das korporatistische und das etatistische Modell.

Im liberalen Modell sind geringe staatliche Ausgaben für soziale Leistungen mit einem ausgeprägten Nonprofit-Sektor verknüpft. Dieses Modell beschreibt Länder mit einer im sozialen Kontext fast homogenen Gesellschaft.

Im Gegensatz dazu steht das sozialdemokratische Modell mit hohen staatlichen Sozialausgaben und einem auf hohem Niveau entwickelten Nonprofit-Sektor.

Im dritten, dem korporatistischen Modell, verbinden sich hohe staatliche Ausgaben mit einem kleinen Nonprofit-Bereich, der zur Absicherung gesellschaftlicher Eliten erhalten wird.

¹⁰⁰ Vgl.: Salomon, L.M.: Third Party Government. In: Ewers, Olk (Hrsg.): Wohlfahrtspluralismus. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft. Opladen. 1996, S. 89ff.

¹⁰¹ Salomon, L.M., Anheier, H.K.: Der Nonprofit-Sektor: Ein theoretischer Versuch. In: Anheier, H.K., Priller, E., Seibel, W., Zimmer, A. (Hrsg.): Der Dritte Sektor in Deutschland. Organisationen zwischen Staat und Markt im gesellschaftlichen Wandel. Berlin. 1997, S. 225.

Das etatistische Modell schließlich ist durch ein zurückhaltendes Engagement des Staates in der Sozialpolitik und einen gering ausgeprägten Nonprofit-Sektor gekennzeichnet.¹⁰²

Operationalisierbarkeit und Allgemeingültigkeit der Theorien

Die Heterogenitätstheorie unterstellt, dass mit zunehmender Heterogenisierung der Gesellschaft, insbesondere im sozialen, kulturellen und bildungspolitischen Bereich, der Umfang des Nonprofit-Sektors größer wird. Der Nonprofit-Sektor würde demnach nur Minderheitsgüter bereitstellen. Die Finanzierung der Organisationen dieses Sektors, die in weiten Teilen – so auch im Referenzland Tschechien - über staatliche Förderung erfolgt, kann hiermit nicht begründet werden.¹⁰³

Diese Theorie geht von schwachen Kooperationsbeziehungen zwischen Staat und Zivilgesellschaft aus und ignoriert damit die wechselseitige Verflechtung beider Systeme.

Jedoch lassen sich einige durch das JHCNSP postulierte Thesen, die auf diese Theorie setzen, weitgehend bestätigen: So existiert ein empirisch nachgewiesener Zusammenhang zwischen ethno-linguistischer Heterogenität und dem Beschäftigungsumfang im Nonprofit-Sektor eines Landes. Ebenso bestätigt wurde ein linearer Zusammenhang zwischen der Höhe der Sozialausgaben sowie dem Anteil der privaten Spenden im Verhältnis zur Größe des Nonprofit-Sektors (vor allem im Subsektor Bildung). Insgesamt liefert diese Theorie jedoch kein umfassendes Bild des Nonprofit-Sektors, da sie sich in ihren Erklärungsversuchen vornehmlich auf einen Tätigkeitsbereich (Bildung) beschränkt und nur mit einer erklärenden Variablen (sprachliche Heterogenität) operiert.

Die auf die Überwindung von Informationsasymmetrien bei der Bereitstellung bestimmter kollektiver Güter ausgerichtete Theorie des „Vertragsversagens“ unterstellt, dass bei steigendem Vertrauen in privatwirtschaftliche, profitorientierte Unternehmen eine sinkende Nachfrage nach Leistungen von Nonprofit-Organisationen den Nonprofit-Sektor eines Landes schrumpfen lässt. Diese Hypothese war jedoch nach Auswertung der Daten des JHCNSP nicht haltbar.¹⁰⁴ Außerdem lässt sich gegen diese Theorie grundsätzlich einwenden, dass der Staat aufgrund seiner Gemeinwohlorientierung ebenso viel Vertrauen genießen müsste wie Nonprofit-Organisationen.

¹⁰² Ausführlicher: Salamon, L.M., Anheier, H.K.: Der Nonprofit-Sektor: Ein theoretischer Versuch. In: Anheier, H.K., Priller, E., Seibel, W., Zimmer, A. (Hrsg.): Der Dritte Sektor in Deutschland. Organisationen zwischen Staat und Markt im gesellschaftlichen Wandel. Berlin. 1997, S. 224-229.

Anmerkung: Die Einordnung dieser vier Entwicklungsmodelle stimmt nicht mit der Übersicht auf S. 227 überein, in der 'etatistisch' und 'liberal' vertauscht wurden.

¹⁰³ Vgl. Salomon, L.M.: Third Party Government. In: Ewers, Olk (Hrsg.): Wohlfahrtspluralismus. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft. Opladen. 1996, S. 83f.

¹⁰⁴ Salamon, L.M., Anheier, H.K.: Der Nonprofit-Sektor: Ein theoretischer Versuch. In: Anheier, H.K., Priller, E., Seibel, W., Zimmer, A. (Hrsg.): Der Dritte Sektor in Deutschland. Organisationen zwischen Staat und Markt im gesellschaftlichen Wandel. Berlin. 1997, S.235f.

In der Diskussion über eine Theorie des Wohlfahrtsstaates orientierte man sich im allgemeinen am konzeptionellen Leitbild eines monolithischen und bürokratischen Staatswesens, das mehr und mehr die Aufgaben, die bisher durch andere soziale Einrichtungen wahrgenommen wurden, an sich zieht. Diese Diskussion wurde im amerikanischen Kontext sowohl von den Liberalen als auch von den Konservativen begrüßt. Stellten die einen dabei die Bedrohung der Freiheit und sozialer Werte durch den Staat heraus, bemühten sich die anderen, die Erweiterung der staatlichen Rolle bei der Lösung sozialer Probleme zu pointieren.¹⁰⁵ Diese Sichtweise, die – bezogen auf den policy-process – primär auf die Politikformulierung abstellt und einen wesentlichen Aspekt – nämlich die Politikumsetzung – unbeachtet lässt, gibt dem Nonprofit-Sektor wenig konzeptionellen Raum. Sie liefert auch keinen Erklärungsansatz für die Größe des Nonprofit-Sektors und den Erfolg zivilgesellschaftlicher Entwicklung.

Diese These ignoriert die engen Verflechtungen zwischen Staat und Nonprofit-Sektor und kann nicht pauschaliert werden. In Deutschland¹⁰⁶ und Frankreich haben z.B. hohe staatliche Ausgaben für Sozialleistungen nicht zu einer Einengung des Nonprofit-Sektors geführt. So können die Daten des JHCNSP die hiervon abzuleitende These, dass der Nonprofit-Sektor eines Landes mit steigendem Bruttosozialprodukt abnimmt, speziell in den Bereichen Gesundheit, Soziale Dienste und Bildung, wo ein enger Zusammenhang vermutet werden könnte, nicht bestätigen. Ebenso können, und das ist von immenser Bedeutung, derartige Parameter nicht zu Untersuchungsergebnissen über den Stand zivilgesellschaftlicher Entwicklung und Reife führen. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn im Falle von Deutschland und Frankreich diese These keine Bestätigung erfuhr. Denn der konkludente Schluss dieser These würde lauten, dass bei steigendem Bruttosozialprodukt mit der wirtschaftlichen Dimension der Zivilgesellschaft auch die zivilgesellschaftliche Entwicklung in ihrer demokratietheoretischen Dimension Einschnitte erfährt.

Die Angebotstheorie kann schon allein dadurch nicht greifen, da auch sie primär auf eine einzige, noch dazu subjektive Variable – die Motivation sozialer Unternehmer, die sich aus dem religiösen Bereich rekrutiert – abstellt und so versucht, die Heterogenitätstheorie zu ergänzen. So gesehen scheint zunehmende religiöse Vielfalt in Verbindung mit zunehmender ethno-linguistischer Vielfalt tatsächlich zu einer Erhöhung der Anzahl der Nonprofit-Organisationen zu führen. Allein aber der Zusammenhang zwischen der Variablen „religiöse Vielfalt“ und der Größe des Nonprofit-Sektors eines Landes konnte empirisch nicht nachgewiesen werden.

¹⁰⁵ Salomon, L.M.: Third Party Government. In: Ewers, Olk (Hrsg.): Wohlfahrtspluralismus. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft. Opladen. 1996, S. 81ff.

¹⁰⁶ Für Deutschland wäre diese Tatsache im Zusammenhang mit dem Subsidiaritätsprinzip zu erörtern, das bei der Erfüllung bestimmter öffentlicher Aufgaben Nonprofit-Einrichtungen gegenüber öffentlichen Einrichtungen Priorität einräumt. Dies gilt insbesondere für Träger der Freien Wohlfahrtspflege.

Allerdings ist die Einbeziehung verhaltensorientierter Ansätze eine wichtige Voraussetzung, um zu einem integrativen Erklärungsansatz für die Existenz und Größe des Nonprofit-Sektors, der wirtschaftlichen Basis der Zivilgesellschaft, zu gelangen. Die Präsenz motivierter „Sozialunternehmer“ in einer heterogenen Gesellschaft kann allenfalls als ein Beispiel für motiviertes zielorientiertes Handeln gesehen werden. Umfassender jedoch ist solch ein komplexes Gebilde wie der Nonprofit-Sektor im Rahmen eines gegebenen externen und internen Bedingungsgefüges zivilgesellschaftlicher Entwicklung zu betrachten.

Die Interdependenztheorie, die die engen Kooperationsbeziehungen zwischen Staat und Nonprofit-Sektor in den Vordergrund stellt, stärkt die Annahme, dass sich mit steigenden staatlichen Sozialausgaben der Nonprofit-Sektor ausweitet. Dies kann durch die im JHCNSP gewonnenen Daten für Deutschland und Frankreich durchaus bestätigt werden. Für andere Länder aber, wie z.B. Japan, Großbritannien oder Italien, trifft dies insbesondere in den großen Subsektoren wie Gesundheit, Bildung und Soziale Dienste, nicht zu. Es ist festzuhalten, dass somit auch die Interdependenztheorie mit ihrem validen Merkmal „Höhe der staatlichen Sozialausgaben“ nicht dazu beiträgt, die Größe des Nonprofit-Sektors eines Landes zu erklären bzw. zivilgesellschaftliches Handeln insgesamt modellierbar zu machen.

Die institutionelle Theorie wiederum versucht, in ihrem Erklärungsmuster neben der Höhe der staatlichen Sozialausgaben eine weitere Größe aufzunehmen: Historische und soziale Prozesse werden in ihrer Komplexität in vier Ordnungsmodellen erfasst, die so aussagekräftige Resultate über die Größe des Nonprofit-Sektors liefern sollen. Dieser wird hier nicht wie in den anderen Theorien isoliert, sondern als ein in die Gesellschaft integriertes komplexes Phänomen betrachtet, dessen Größe von historisch-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen abhängig ist.

Dieser Ansatz erfuhr weitgehende Bestätigung durch die empirisch gewonnenen Daten des JHCNSP und greift durch seine historische Dimension weiter als traditionelle ökonomische Modelle der quantitativen Forschung. Allerdings verharrt auch dieser Ansatz mit seinen Erklärungsvariablen auf der Ebene organisationsexterner Komponenten und lässt die handelnden Akteure außen vor.